



Palästinensische Gemeinde in Österreich PGO  
Pressereferat  
Kegelgasse 25  
A-1030 Wien  
presse@palästina.at

### **Pressemitteilung der Palästinensischen Gemeinde in Österreich**

Die Palästinensische Gemeinde in Österreich verurteilt die brutalen Angriffe auf die Zivilbevölkerung im Gaza-Streifen und das Töten von unbeteiligten Zivilisten, hauptsächlich Frauen und Kinder auf das Schärfste. Bereits über 1800 Menschen, darunter 614 Kinder und 370 Frau sind den israelischen Bombardements zum Opfer gefallen. Und jeden Tag kommen rund 100 neue Kinder hinzu. Wir verurteilen jede Form von Gewalt gegen Zivilisten.

Als wäre die Massentötung unschuldiger Menschen nicht genug, wird die Versorgung des Gaza-Streifens mit Medikamenten, Wasser, Lebensmittel und Strom völlig unterbunden. Das ist ein gravierender Verstoß gegen internationales Menschenrecht und gegen die Genfer Konvention. Dies führt zu einer humanitären Katastrophe unbeschreiblichen Ausmaßes. Bereits jetzt können Krankenhäuser in Gaza die Zivilbevölkerung nicht mehr versorgen und es besteht ein akuter Mangel an Medikamenten, Trinkwasser und schlichtweg allen benötigten Ressourcen.

4000 Tonnen an Bomben hat Israel in fünf Tagen auf Gaza abgeworfen. Dieses Vorgehen Israels grenzt an einen Genozid und das ist eine Kollektivbestrafung unschuldiger Menschen. Selbst Neugeborene werden von der israelischen Tötungsmaschinerie nicht verschont.

Die Palästinensische Gemeinde in Österreich fordert die österreichische Regierung und die Europäische Union eindringlich auf, sich gegen das Töten unschuldiger Zivilisten einzusetzen und Schritte für einen schnellen Stopp dieser brutalen Angriffe auf den Gaza-Streifen zu unternehmen. Solidarität mit Israel kann nicht heißen, es zu mehr Gewalt und Aggressionen zu ermutigen, was die österreichische Regierung und die öffentliche Meinung bedauerlicherweise derzeit tun. Vielmehr wäre allen Seiten geholfen, wenn man sich konsequent für eine friedliche Lösung dieses Konflikts einsetzen würde. Die Angriffe vom 7. Oktober geben Israel nicht das Recht, hemmungslos Wohnhäuser und ohne Vorwarnung zu zerbomben, ganze Stadtviertel wegzuradiieren, ganze Familie zu vernichten und andere aus ihren Häusern zu vertreiben. Der Stadtkern von Gaza, der drittältesten Stadt der Welt wurde dem Erdboden gleich gemacht. Bereits jetzt sind mehr als eine halbe Million Menschen aus ihren Häusern vertrieben. Ebenso fordert die israelische Armee eine Million Menschen auf, ihre Häuser zu verlassen und treibt sie somit in die Flucht. Das erinnert stark an die Massenvertreibung von 1948. Die Pläne der israelischen Regierung, die Bevölkerung des Gaza-Streifens nach Ägypten zu vertreiben, sind nicht neu und hinlänglich bekannt. Offensichtlich nutzt Israel jetzt die Gunst der Stunde aus und fühlt sich vom Westen ermutigt, dies nun umzusetzen. Es wäre an der Zeit, sich ernsthaft gegen diese Pläne zu stellen. Nicht nur im Gaza-Streifen, sondern auch im Westjordanland übt Israel seine massiven Aggressionen gegen die palästinensische Bevölkerung aus und tötet fast täglich Kinder und Jugendliche. Die israelische Politik ermutigt auch die illegalen Siedler zu immer mehr Gewalttaten gegen unschuldige Palästinenser, so war es, als ein Siedlermob in diesem Jahr den Ort Hawara unter Schutz der israelischen Armee in Brand gesetzt hat. Auch die palästinensische Bevölkerung in Jerusalem muss tagtäglich die Provokationen und Nötigungen der israelischen Siedler und Extremisten über sich ergehen lassen. All das passiert ungesühnt vor den Augen der Weltgemeinschaft. Wir glauben, dass das Fortschreiten dieser Angriffe zu mehr Gewalt im Nahen Osten führt, und es droht einen Flächenbrand im Nahen Osten herbeizuführen mit ungeahnten Folgen. Daher rufen wir die österreichische Regierung auf, einen positiven Beitrag in dieser schwierigen Lage zu leisten und Israel zur Einstellung dieser brutalen Angriffe zu bewegen, damit das Leid der Zivilisten im Gaza-Streifen und den anderen palästinensischen Gebieten beendet wird. Ferner erwarten wir von der österreichischen Regierung und der Europäischen Union, Druck auf Israel auszuüben, damit die Blockade des Gaza- Streifens nach 17 Jahren endlich aufgehoben wird. Es wäre an der Zeit für Österreich und die EU, einen konstruktiven Beitrag zur Lösung des Nahost-Konflikts auf Basis der UNO-Resolutionen und des Völkerrechts zu leisten, endlich das Handeln mit Zweierlei Maß zu beenden und eine gerechte Nahost- Politik zu betreiben.

Wien, 14.10.2023